

es D. C. B.
Degenhausen die
tischen Ewange-
des Christen-
Thema: „Zwei
Arbeitsge-
lage und unser
emeinde“. Der
in der Stadt-
ensten in Bad
den. Am Sonn-
„Evangelischen
nen- und Chor-

um Bund deut-
nserem Reichs-
onnabend und
el im Remter.
ung; 17 Uhr:
hr: Kakaotrin-
unde: Der An-

ner Kirchgang;
tes; 12½ Uhr:
k mitbringen);
Uhr.

, Ortsgruppe
dieses Monats
n soll, wo die
eifen, forgend

Gaule Gosen
e Augenblicke
ele kleine und
von Freunden

etrachtung der
anlassung sein
außen, die die
50 Pfennig je
untergebracht
ebeten.

mel.

men.
Gemütsstelle.

Instrument, zu
stelle d. Bl.

Weltpoliti-
a in Bethel

W. R. Lerin sucht

behalterin

ff. und Tscheng.
b. ausschließl. als
ausg. Mittelschl.
U), einjährige
sh., Stenograph-
ustital, mütterl.
Empfehl. Mögl.
doch nicht unbed.
r A 1908 an die
d. Bl.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.35 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Streifband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pfg. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig,
Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pfg.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 245.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 20. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Der ist kein kühner Reiter,
Wer nie den Sand geküßt;
Der ist kein wackerer Streiter,
Wer ohne Wunden ist.
Und hat die Welt dir weh getan,
So greif' sie fest von neuem an,
Bis du, trotz Sturm und Wunden,
Im Kampf sie überwunden.

Julius Sturm.

Das Reichsbankportefeuille.

Zur Rede Schachts in Harzburg.

Die Rede, die der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf der Harzburger Tagung der nationalen Opposition gehalten hat, enthielt einige Stellen, die sich mit dem Stand der auswärtigen Verschuldung Deutschlands, sowie mit dem Wechselportefeuille der Reichsbank befassen und die in der gesamten Presse der Linken und der Mitte den Anlaß zu einem Sturm der Entrüstung gegeben haben, der sich bis zur Bezeichnung der Rede als Landesverrat erstreckte. Die Rede Dr. Schachts ist ihrem Zweck nach eine ausgesprochen politische gewesen, und der Anlaß, aus dem sie gehalten wurde, mußte sie außerdem zu einer agitatorischen Stempelung. Es ist hier nicht der Ort, diese Seite der Angelegenheit zu besprechen. Es muß nur gesagt werden, daß die Angriffe der Gegenseite ganz überwiegend auch auf keinem anderen Felde liegen, obwohl sie sich den Anschein des rein Sachlichen zu geben suchen.

Hier muß es zunächst darauf ankommen, den rein sachlichen Gehalt der Schachtschen Ausführungen zu prüfen. Die Behauptung, daß die auswärtige Verschuldung Deutschlands höher sei, als sie im Baseler Sachverständigenbericht dargestellt worden ist, ist inzwischen von amtlicher Stelle als richtig zugestanden worden. Wir können also die Auseinandersetzung beschränken auf die Stellen der Schachtschen Ausführungen, in denen er sagt, daß wir heute in Deutschland haben „eine Währung, die nicht mehr dem regulären Warenverkehr dient, sondern nur noch dazu, um die Illiquidität unserer Finanzinstitute und der öffentlichen Hand zu verbergen“.

Die amtliche Gegenerklärung der Reichsbank selbst gibt zu, daß ein Teil der Wechsel des Reichsbankportefeuilles Finanzwechsel, nicht Warenwechsel sind. Es fragt sich, um welchen Prozentsatz es sich dabei etwa handeln kann. Die Frankfurter Zeitung hat bereits am 4. Oktober festgestellt, daß sich das Obligo des Zentralnoteninstituts durch Akzeptierung oder Girierung von Wechseln der Akzept- und Garantiebanc über 1 Milliarde belaufe und daß an einen Abbau dieser Notbrücke zur Zeit nicht zu denken sei. Hierbei handelt es sich doch ganz offenbar um ausgesprochene Finanzwechsel. Wer die Vorgänge bei den Banken seit Beginn der Bankenkrise genauer verfolgt hat, kann sich ferner ohne weiteres ausmalen, daß die Wechsel, die die Reichsbank von den zusammengebrochenen beiden Banken heringenommen hat und deren Gesamtbetrag nicht gering sein dürfte, weitgehend nicht den Anforderungen, die grundsätzlich an reichsbankfähige Wechsel zu stellen sind, entsprechen. Die Gegenerklärung der Reichsbank selbst weist außerdem auf die zur Wiederhergangsetzung des Zahlungsverkehrs bei den Sparkassen heringenommenen Finanzwechsel hin.

Aus allen diesen Posten kann man schon einen recht erheblichen Prozentsatz des Reichsbankportefeuilles vermuten, auf den die von Dr. Schacht gegebene Kennzeichnung zutrifft. Jedenfalls greift der Reichsfinanzminister sachlich völlig daneben, wenn er in einer Erwiderung auf Schachts Ausführungen die Beträge, mit denen die verschiedenen Finanzinstitute der öffentlichen Hand und die Akzept- und Garantiebanc in den Büchern der Reichsbank figurieren, als „geringfügig“ bezeichnet. Nach alledem kann man höchstens darüber streiten, ob Dr. Schacht sich zur Schonung der stark gesteigerten nervösen Empfindlichkeit der gesamten Öffentlichkeit nicht etwas vorsichtiger hätte ausdrücken sollen, indem er z. B. das Wort Währung vermied, aber nicht darüber, ob er sachlich das Richtige getroffen hat.

Darüber hinaus ist noch folgendes zu sagen. Einmal wird von seinen Kritikern selbst festgestellt, daß seine Darlegungen nichts neues gewesen seien. Dann also können sie doch nicht den Schaden anrichten, den man ihm anhängen will. Zweitens kann man sehr wohl der Ansicht sein, daß es gut war, daß endlich einmal von als besonders fachverständig anerkannter Seite das offen ausgesprochen wurde, was, wie gesagt, alle wissen sollten. Dr. Schacht hat mit seinen Ausführungen nicht im geringsten die Stabilität der Währung in Zweifel ziehen wollen,

sondern nur darauf hinweisen wollen, daß und warum die Reichsbank für weitere Kreditmöglichkeiten an die Wirtschaft nicht in der Lage ist, wenn sie in dem dargelegten Ausmaße immobilisiert erscheinen muß. Diese Tatsache kann z. B. im Hinblick auf eine Wirtschaftsbelebung, die, wie wir doch alle hoffen und worauf die wichtigsten Anstrengungen der Gesamtheit konzentriert sein sollten, bald kommt, von sehr wichtiger Bedeutung sein. Es wäre nur dringend zu wünschen, daß der Hinweis Dr. Schachts zeitig dazu führen würde, für diesen Fall Vorseorge zu treffen.

Die ganze Pressekampagne in dieser Angelegenheit liegt auf derselben Linie wie das Gerede von der Inflationsfront in bestimmten Kreisen der Industrie, dem der bekannte Aufsatz der Frankfurter Zeitung in ihrer letzten Sonntagsausgabe den kräftigsten Ausdruck gegeben hat. Die dort aufgestellten Behauptungen sind inzwischen von allen zuständigen Stellen demontiert worden, trotzdem findet es diese Zeitung nicht für angebracht, ihren Irrtum einzugehen und offen ihre sogenannten Informationen zu widerrufen. Ohne auf ihren Wahrheitsgehalt noch einmal weiter einzugehen, zieht sie sich jetzt auf eine inflationistische Vorstellung zurück, die in manchen wirtschaftlichen und finanziellen Kreisen über die Ueberwindung der Krise bestehen soll, und trägt dadurch weiter zur Beunruhigung des Leserkreises im In- und Auslande bei, statt die Auffassungen aller berufenen Stellen zu benutzen, um festzustellen, daß es in Deutschland keine irgendetwie maßgebende Gruppe und keinen ernstesten Mann gibt, der eine Inflation will.

Deutsche Eintracht!

Eindrücke von Harzburg.

Ein Augenzeuge berichtet uns über die Harzburger Tagung der nationalen Front folgendes:

Harzburg hatte am 10./11. Oktober große Tage, wie es seit dem Mittelalter nicht gesehen hat. Einst wurde dort Kaiser Heinrich IV. von Aufständischen überfallen, und dieser Hader wurde der Auftakt zu 50-jährigem Bürgerkrieg. Die Harzburger Tagung war eine Kundgebung der Eintracht und soll nach dem Wunsch ihrer Veranstalter das Ende der deutschen Zwierracht, die uns seit 1918 oder schon länger, seit dem Beginn des Klassenkampfes, lähmt und zur Beute fremder Kräfte gemacht hat, herbeiführen. Wenn die weiteren Ereignisse dem Harzburger Anfang nur einigermaßen entsprechen, dann darf Deutschland mit Erreichung dieses Zieles rechnen.

Besonders in zwei großen Veranstaltungen, dem Feldgottesdienst am Vormittag und der großen Kundgebung am Nachmittag im Kurhotel, darf man die Höhepunkte sehen. Oberhalb der Stadt zieht sich am westlichen Ufer des Radauflickens am steilen Bergeshang eine waldumrahmte Wiese hin — in ihrer Abstufung und Abgeschlossenheit wie geschaffen für eine große Versammlung. Unten an der Radau war ein Hochstand für die Prediger errichtet, geschmückt mit den leuchtenden Farben des herbstlichen Laubes und der Fahnen. Auf der Wiese marschierten die S.-A.-Männer und die Stahlhelmer auf, links von der Kanzel bildet sich eine lange braune, rechts davon eine noch längere graue Front andächtiger Männer, deren Glieder immer höher hinauf die Wiese anfüllen. Dahinter, noch höher, bis zum Waldestrand hinauf, die Delegationsnationalen, die Alldeutschen und die große Zahl von Zuhörern, herbeigeströmt von nah und fern. Von den Führern treffen zuerst Selbte und Duesterberg ein, geleitet von den Landesführern des Stahlhelms. Dann kommt Hugenberg, erstaunlich elastisch und frisch, auf die lebhaften Begrüßungen nach allen Seiten hin freundlich dankend.

Adolf Hitler, gespannt erwartet, konnte am Feldgottesdienst nicht teilnehmen. Eine Kapelle der NSDAP läßt das altniederländische Dankgebet ertönen. Und dann nimmt Hofprediger a. D. D. Döhning das Wort, kurz und kraftvoll, die Riesengemeinde mit tiefen Gedanken zwingend. Er sprach von dem Sturm neuen Geistes, der durch unser Volk brause; zu dem geheimnisvollen Wesen der Deutschen gehöre es, daß sie sich dem Himmel erschließen müssen, wenn sie ihre irdischen Aufgaben lösen wollen. So treten auch wir nicht als Kämpfer eigener Ideen auf, sondern führen unseren Kampf ums Vaterland als Streiter für Gott. „Du Sturm, von Gott gesandt“, so schloß er, „packe unsere Herzen, wir sind deine treuen Kinder und des Vaterlandes treue Söhne.“ — Auch der katholische Divisionspfarrer a. D. Hoinke ergriff mit seinen Worten die Zuhörer. „Nicht die Feinde wollen wir anklagen, sondern uns selbst, daß wir uns entehren ließen und gedemütigt haben! Es ist dem Himmel ein Greuel, wenn Sklaven leben! Wir, die

wir ein freies Vaterland wollen, dürfen mit unserer Bitte um Hilfe vor Gott treten. Jesus führte die Geißel, die Kirche führte Waffen. Wir predigen nicht Krieg und Rache, aber es gibt einen unheiligen Frieden. Sündhaft ein Frieden der Ungerechtigkeit. Drum beten wir um das Auserstehen der Gerechtigkeit in der Welt, ohne die es keinen wahren, Gott wohlgefälligen Frieden gibt.“ — Mit dem Gesang „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“, löste sich die Gemeinde auf.

Rund formierten sich die S.-A.-Männer und die Stahlhelmer zu einer Marschkolonne und marschierten mit ihren Fahnen bei klingendem Spiel an den Führern vorbei; bei ihnen war inzwischen — mit großem Jubel empfangen — Adolf Hitler eingetroffen. Voran kamen die jungen S.-A. in den neuen schmucken Uniformen, die Arme zum römischen Gruß erhoben; dann folgten die zwei Bataillone des Stahlhelms feldmarschmäßig mit den überkommenen Uniformen und Ehrenbezeichnungen. Den Kern der Stahlhelmtruppe bildeten die straffen Gestalten der Frontsoldaten, um die sich — zahlenmäßig bereits überwiegend — die Jugend sammelt.

Der Saal des Harzburger Kurhauses gibt etwa 800 Personen Raum und Sitz. Bei dieser Kundgebung der nationalen Opposition mußte er weit mehr aufnehmen und doch kam es bei dieser Kundgebung nicht auf die Zahl an. Denn die etwa 1200 Männer und Frauen standen, wie einst die Schweizer auf dem Rütli, für die Mehrheit ihres Volkes. Wie jene Kessler-Bauern das Regiment der fremden Landvögte brechen wollten und gebrochen haben, so riefen die in Harzburg versammelten Männer und Frauen im Namen von Millionen durch den Mund Hugenbergs den regierenden Männern von heute zu: „Wir wollen Euch nicht mehr!“ Und noch einmal richteten sie an den Reichspräsidenten die dringende Bitte, er möge dafür sorgen, daß auf geordnetem Weg das Kabinett der Mitte ersetzt werde durch ein Kabinett der Rechten, das allein dem deutschen Volke Freiheit, Arbeit und Brot sichern könne.

Es ist hier nicht der Ort, die Reden von Harzburg wiederzugeben. Hier handelt es sich um den Rahmen und um die Stimmung. Prächtig die Ausschmückung des Saales; er schließt ab mit einer tiefen Rotunde, vor der der Rednerstand errichtet ist. Die Rotunde ist ausgeschmückt durch die Fahnen des neuen Deutschlands, die symbolisch den Charakter der Veranstaltung ausdrücken. In der Mitte der Stahlhelm und die Reichsriegsflagge, denn der Stahlhelm bemüht sich seit Jahren, die zusammenfassende Klammer der nationalen Kräfte Deutschlands zu sein. Rechts davon eine gewaltige Hakenkreuzfahne, links die 3 goldenen Aehren des Reichslandbundes auf grünem Tuch; daran schließen sich auf beiden Seiten die Fahnen schwarz-weiß-rot.

Im Vordergrund der Rotunde steht der Führertisch. Der Anblick der dort vereinten Männer erhebt das Herz jedes Deutschen. In der Mitte Hugenberg und sein Mitarbeiter, der Abgeordnete Schmidt, Hannover. Rechts von Hugenberg Adolf Hitler und anschließend seine nächsten Vertrauten, Göring, Frick und Stöhr, und dann der Führer der Vereinigten Vaterländischen Verbände, Graf von der Goltz, der bekannte Baltikumkämpfer. Links von Hugenberg sitzen Duesterberg, Selbte und der Stahlhelmbundeskanzler Wagner. In der 2. Reihe sieht man u. a. das ausdrucksvolle Gesicht des so schwer angefeindeten Führers der Alldeutschen, Justizrat Claß; dieser Tag ist für ihn die große Rechtfertigung; lange Jahre vergeblich seine Warnungen, aber nur von wenigen geglaubt! Heute sehen Millionen vielleicht ohne auch nur den Namen des getreuen Eckards zu kennen, was er seit Jahrzehnten vorausgesagt hat. Neben Claß sitzt sein getreuer Kampfgenosse, Oberfinanzrat Dr. Bang, der ernste Mahner und Wegweiser der Wirtschaft. Und dann, besonders beachtet, der ehemalige Reichsbankpräsident, Dr. Hjalmar Schacht. Dahinter in der Rotunde die anderen Führer und Abgeordneten der Parteien und die Führer der Bünde, besonders zahlreich die Stahlhelmführer, alles ausgesuchte, erprobte Männer, befähigt und hofentlich bald berufen, den Scherbenhaufen der Mitte hinwegzuräumen und neuem Leben Luft und Raum zu schaffen. Hier sollen nicht die Reden der Führer der nationalen Opposition wiedergegeben werden, nur einiges sei kurz gestreift, die in gutem Humor gemilderte Wucht Hugenbergs, die auf die Seele wirkenden Gedankengänge Hitlers, die frische Unmittelbarkeit des Tatsacheneinsatzes Franz Selbtes, die nach oben ziehende Innerlichkeit Duesterbergs. Es war ein ergreifendes Bild, zu sehen, wie alle diese Männer mit so verschiednem Lebensgang, Charakter und Temperament — so ganz im Gegensatz zu der sonstigen deutschen Eigenbrötelei — sich hier

zusammengefunden hatten; jeder eine abgerundete Persönlichkeit und Träger bestimmter fester Ueberzeugungen, jeder voll geladener Energie und erfüllt von Tatendrang und nun alle geeint, sich selbst bändigend zu gemeinsamem Dienst! Die Welt will nicht nur hören, sie will sehen, hier sah sie ein neues deutsches Wunder:

deutsche Eintracht!

Außerordentlich war der Eindruck der Persönlichkeit Eugenbergs, der alles Verdienst auf seine Mitstreiter abteilen zu wollen schien. Die stärkste Wirkung hatten aber wohl die rücksichtslosen Worte Dr. Schachts. Seine Worte wirkten selbst in diesem Kreise von Menschen, die den amtlich zur Schau getragenen Optimismus seit langem nicht mehr teilen und die Tatsachen kennen, erschütternd. Die Reichsbankleitung erklärt, was Schacht gesagt habe, sei nichts Neues. Richtig! Aber das Gefagte ist erst durch Dr. Schacht auf der Harzburger Kundgebung dem ganzen deutschen Volke ins Bewußtsein gehämmert worden. Das ist Schuld der leitenden Männer von heute, die die Dinge mit rosenrotem Schimmer umgaben, wo nur Schwarz in Schwarz am Platze wäre! Die neue amtliche Abschöpfung wird diesen Donnererschlag von Harzburg nicht vergessen machen.

Dr. Schacht, der in dieser ersten Stunde dem deutschen Volke Niederdrückendes sagen mußte, suchte wieder aufzurichten durch sein Bekenntnis zum Glauben an eine Vorführung, die das deutsche Volk nicht im Stiche lassen werde, wenn es endlich wieder ehrlich werden wolle. „Die Gefundung Deutschlands ist nicht eine Frage der Programme, nicht einmal in erster Linie eine Frage der Intelligenz, sondern eine Frage des Charakters.“

So verließ die Kundgebung der nationalen Opposition im Bewußtsein, daß unsere Lage aufs höchste gefährdet sei, daß aber das Recht auf Hoffnung bestehe. Immer wieder tönte durch die Reden hindurch:

„Es ist möglich, daß Deutschland dem Bolschewismus verfällt. Es ist möglich, daß eine Rechtsregierung kommt. Unmöglich aber ist das System der Mitte und nur eine Rechtsregierung kann das deutsche Volk erretten und erlösen!“

Dr. R.

Zur Weltwirtschaftskrise.

Seitdem England die Goldwährung fallen ließ, mehren sich dort die Stimmen, welche an Stelle des festen Goldpreises die Festigkeit des Warenpreises (Index) oder, was auf dasselbe herauskommt, der Kaufkraft des Geldes verlangen. Die Vertreter dieser Forderung nach einer „Indexwährung“ sagen, daß eine richtig geregelte Geldversorgung, deren Ergebnis ein fester Index wäre, die Krise beendigen würde.

Weder diese Forderung, noch ihre Begründung sind neu. Zuerst war es die Wirtschaftskonferenz in Genue, die 1922 unter dem Einfluß von Prof. G. Cassel (Stockholm) die Aufrechterhaltung eines stabilen Preisstandes forderte.

Dann haben im Frühjahr 1924 auf der Londoner Konferenz gegen die Arbeitslosigkeit Henderson, Keynes und Bellerby verlangt: Kredite müssen in dem Maße eröffnet werden, daß der Durchschnittspreis (Index) nicht sinken kann. Sinkt der Preisstand, so ist dies ein deutliches Zeichen, daß die Kredite zu knapp sind. Nur bei

sinkendem Preisniveau, also bei zu knapper Kreditgewährung bricht die Arbeitslosigkeit aus.“

In Prag hat 1924 die „Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, als Mittel gegen diese, die Stabilisierung des allgemeinen Preisstandes durch eine entsprechende Geldversorgung der Volkswirtschaft empfohlen. Im gleichen Jahr erschien die Materialsammlung des Internationalen Arbeitsamtes: „La crise de chômage 1920—23“. Die Untersuchung erstreckte sich über mehr als 40 Länder und kam zu folgenden Ergebnissen: Ein starkes Sinken der Preise war immer begleitet von einer empfindlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit. Ein Steigen der Preise, nicht über eine gewisse Grenze hinaus, wurde fast ohne Ausnahme von einer empfindlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit begleitet. Eine Stabilisierung des Preisstandes führte zu einer raschen Besserung des Arbeitsmarktes.“

Im März 1926 verhandelte die englische Arbeiterpartei über das Problem der Krise. Der Berichterstatter Henry N. Brailsford stellte die Forderung auf: „Um die Krise zu vermeiden, müssen die Bankiers den Geldumlauf ausweiten, um mit der wachsenden Gütererzeugung Schritt zu halten.“

Im Herbst 1926 befaßte sich die Delegierten-Versammlung der „Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt“ mit der Krisenfrage. Sie nahm eine Resolution an, wonach „eine an der Aufrechterhaltung eines stabilen Preisstandes orientierte Kontrolle der Kredite die Arbeitslosigkeit mildere.“

Noch im gleichen Jahr erschienen die ersten Berichte einer umfassenden Untersuchung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und der Absatzstockung von 1903—1923 in den Vereinigten Staaten, durchgeführt durch Prof. Irving Fisher an der Yale Universität. Sein erster Bericht schloß mit den Worten: „Ich glaube ganz bestimmt, daß wir die Frage der Arbeitslosigkeit zum größten Teil lösen würden, wenn wir die Kaufkraft des Geldes festsetzten.“ Neunzehn Zwanzigstel aller Arbeitslosigkeit und neun Zehntel aller Absatzstockung rühren nach seinen Untersuchungen von der Verminderung des umlaufenden Geldes her. Dr. Royal Meeker, der Vorsteher des amerikanischen Arbeitsamtes, erklärte dazu: „Ich bin mit Prof. Fisher der Ansicht, daß die Festigung des Preisstandes den meistaus wichtigsten Einfluß auf die Sicherung unserer Erwerbstätigkeit, unserer Wirtschaftsentwicklung und damit des Beschäftigungsgrades ausübt.“ — 1929 erschien eine weitere Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes: „Das Problem der Arbeitslosigkeit in internationaler Betrachtung“, worin die oben angeführten Ergebnisse der Untersuchung über die Zeit von 1920—23 nochmals auch für die Jahre 1923—28 als richtig festgestellt wurden.

Neben diesen mehr offiziellen Untersuchungen erschienen Schriften von privaten Stellen, in denen die gleiche Forderung vertreten wurde. Wir erwähnen von ihnen Bellerby, J. M. Keynes, die Bankdirektoren Mc Kenna und Sahn (Frankfurt). Dieser schreibt: „Ich bin in der Tat der Ansicht, daß die Steigerung der Kaufkraft des Geldes (also das Sinkenlassen des Index) eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise darstellt. Ich bin auch der Auffassung, daß dem Problem der Geldwertstabilisierung lange nicht genügend Aufmerksamkeit zugewendet wird und daß die

Möglichkeit, durch monetäre Maßnahmen konjunkturbelebend zu wirken, in geradezu sträflicher Weise vernachlässigt wird.“

In der Schweiz las man im Monatsbericht 7/8 1930 der Bank J. C. Brupbacher u. Co.: „Eine Stabilisierung des Preisstandes würde genügen, um der Weltwirtschaft die Grundlage für eine normale Geschäftsentwicklung zu sichern.“ Zur selben Zeit empfahl der frühere Generalgouverneur der Bank von England, Sir Josiah Stamp, die Festigung des Preisstandes durch eine geregelte Geldversorgung als Ausweg aus der Krise.

Auch die Handelskammer von Manchester und Liverpool forderten um die gleiche Zeit eine Festigung des Preisstandes auf gleiche Weise, ebenso der Reichsbund deutscher Technik in seiner sehr lesenswerten Studie „Absatzstockung und Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung“.

Man darf daher heute, wo England die Goldwährung fahren ließ, nicht ohne Grund erwarten, daß es zur Festigung des Preisstandes im Landesinnern übergehe. Diese ist um so eher zu erwarten, als auch der Macmillan-Bericht eine solche Maßnahme bereits in Erwägung gezogen hat.

Fritz Schwarz, Bern.

Schuld und Schicksal.

Vier große Kriminalprozesse.

Vier kriminalistische Sensationen von ungewöhnlichem Ausmaß beschäftigen gleichzeitig die Öffentlichkeit: die Vernehmungen des Eisenbahnattentäters Matuschka und die großen Prozesse Sklarek, Favag und Calmette. Wir haben uns an vieles gewöhnt. Aber diese vier Angelegenheiten sind denn doch außerordentlich und wirken gerade in ihrer gleichzeitigen Behandlung erschütternd, eröffnen sie doch einen Blick in den Abgrund des Kraters, auf dessen schmalen Rand die europäische Menschheit dahintanzelt.

Man kann sich noch kein Urteil darüber bilden, was sich als endgültiges Ergebnis der Arbeit der Kriminalisten Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und Hollands über die wirklichen Zusammenhänge der von Matuschka ausgeführten Serie von Eisenbahnattentaten herausstellen wird. Es besteht nicht mehr viel Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich größere politische Zusammenhänge feststellen lassen werden. Es wirkt ja auch schon erschütternd genug, diese geradezu wahnhaften Auswüchse eines wilden Geltungsbedürfnisses zu sehen, von den gotteslästerlichen Ideen dieses Mannes zu hören, der sich den Anschein eines frommen Christen gegeben hat, der 25 Menschenleben auf dem Gewissen hat und weiter mordet wollte, um durch immer neue Attentate das gesellschaftliche Gefüge Europas bis zu dem Augenblick zu unterhöhlen, zu welchem er als „Messias der Gerechtigkeit“ hervortreten und Europa einen neuen Frieden bringen würde. Es ist — von allem anderen ganz abgesehen — die wahnhafteste Ueberstimmung des von den Großen der Welt verkündeten und noch weithin in Politik und Wirtschaft geltenden Grundsatzes vom Zweck, der die Mittel heiligt.

Demgegenüber erscheint der Sklarek-Prozess beinahe als eine Kleinigkeit. Hier steht die Rote der kleinen Geschäftemacher vor Gericht, der Leute, die glaubten,

Das gelobte Land der Sepharditen.

Die Verfassung und die spanischen Juden.

Von E. von Ungern-Sternberg.

Ein halbes Jahr ist vergangen, seit sich Spanien unter dem Jubel der aufgehehten Volksmassen zur Republik erklärt hatte. Die verfassunggebenden Cortes haben sich im Sommer dieses Jahres im Palast an der Carrera de San Jeronimo versammelt, und es wird geredet, viel geredet, und es werden Projekte geschmiedet. Aber während das Parlament mehr oder weniger fruchtlose Arbeit leistet, knirscht und kracht es im Gerüst, auf das sich der neue Staat stützen will. Das spanische Volk, ohne primitive Schulbildung, ohne eine alle Schichten durchdringende Führerschaft, hatte beim Umsturz geglaubt, daß alle Hoffnungen von gestern nun auch prompt in Erfüllung gehen würden. Die Enttäuschung tritt ein, und die Nation wartet mißtrauisch auf ein besseres Morgen. Die Lage aber wird mit jedem Tag verworrener. Um sich zu rechtfertigen, schieben Regierung und Cortes die Schuld an den Mißerfolgen auf die früheren königlichen Regierungen. Das Parlament hat einen mit allen Vollmachten ausgestatteten Ausschuss gebildet, der die angeblich Schuldigen zur Verantwortung ziehen, verhaften und bestrafen soll.

Die republikanische Regierung, deren Autoritätsmangel das Wirtschaftsleben Spaniens zusammenbrechen läßt, unter der sich die Währung um mehr als 25 Prozent verschlechtert hat, die mit Syndikalist und Anarchisten paktieren muß, unter der überall blutige Arbeiterunruhen ausbrechen, die bisher kein einziges der großen Probleme zu lösen vermochte, diese republikanische Regierung klagt an! Sie klagt jene Männer an, die es 1923 verstanden, die Ordnung in Spanien wiederherzustellen, denen es gelang, den Risikrieg, an dem Spanien verblutete, zum Abbruch zu bringen, die sieben Jahre regierten, ohne einen Blutstropfen unnötig zu vergießen, unter denen es in Spanien keine Arbeitslosen und kaum einen Streik gab und die das Ansehen Spaniens im Ausland hoben.

Der frühere Justizminister Galo Ponte wurde mehrere Wochen hindurch zusammen mit gemeinen Verbrechern im Gefängnis gehalten, um schließlich freigelassen zu werden, weil sich eine Anklage gegen ihn nicht aufrecht erhalten ließ. Der frühere Generalkapitän von Barcelona und Innenminister unter Primo de Rivera, General Martinez Anido, wurde aus der Armee ausgestoßen und aller Rechte entkleidet. Jetzt wollen die Cortes dem Bei-

spiel des französischen Konvents folgen und König Alfons XIII. in Anklagezustand versetzen; den König, der, wenn einst die Ernüchterung eingetreten sein wird, vielleicht allein in der Lage sein dürfte, durch sein Erscheinen über den Pyrenäen den Frieden in seinem Lande wiederherzustellen.

Das Prozeßieren gegen verdiente Staatsmänner und Generale wird den Wiederaufstieg Spaniens sicherlich nicht fördern. Auch die Aussprachen über die Trennung von Kirche und Staat führen zu keiner Beruhigung. Alles findet sich noch im Zustand der Vorläufigkeit. Dafür aber ist jetzt mit Eifer die Neuregelung der Judenfrage in Spanien aufgegriffen worden.

Im Jahre 1492 wurden durch Dekrete der Königin Isabella der Katholischen und Ferdinands V. von Aragon alle Juden aus Spanien vertrieben. Unter Androhung der Todesstrafe und der Beschlagnahme des Eigentums war es ihnen verboten, je wieder spanischen Boden zu betreten. Die Dekrete wurden mit unerbittlicher Strenge durchgeführt. Nur einem kleinen Teil der damals sehr zahlreichen und begüterten Juden gelang es, durch die freiwillige Entrichtung von Bußen und durch Annahme der christlichen Taufe die Erlaubnis zu erwirken, in der Heimat zu bleiben. Sie erhielten die wenig schmeichelhafte Bezeichnung „Maranos“, d. h. übersetzt „Schweine“. Nachkommen dieser „Mischlingen“, von denen viele in ihren Familien alte jüdische Ueberlieferungen und Gebräuche beibehielten, sind der dieser Tage zurückgetretene Ministerpräsident Alcala Zamorra und einige andere republikanische und revolutionäre Führer Spaniens.

Während Columbus auszog, um seinem König eine neue Welt zu entdecken, zogen die vertriebenen Juden auf ihren Schiffen nach Osten und verbreiteten sich bald über Marokko und die Mittelmeerländer. Diese Juden nannten sich Spaniolen oder Sepharditen, weil sie die heilige Befehlsrolle des Sopher Torah mit sich genommen hatten. Heute gibt es in Saloniki etwa 65 000, in Jugoslawien 26 000, in Rumänien 20 000 und in Bulgarien 14 000 spaniolische Juden, die es zum Teil zu großem Reichtum und Ansehen gebracht und die spanische Muttersprache in einer etwas veralteten Form beibehalten haben. Ihre Kinder lassen sie in spanischen Winderheitschulen unterrichten. Am zahlreichsten jedoch sind die Sepharditen in Marokko, wo sie noch vor einigen Jahrzehnten in Ghettos leben mußten und rechtlos waren. Außerhalb des Ghettos konnten sie von den Mauren straflos mißhandelt werden, und an einer Moschee mußten sie

barfuß vorübergehen. Aber trotz aller Verfolgungen gelang es ihnen doch, Reichtümer anzusammeln und Einfluß zu gewinnen. Die Alliance Israelite hat sich um die marokkanischen Juden verdient gemacht, hat für sie gute Schulen errichtet und fördert sie im Interesse Frankreichs.

Die von den katholischen Königen vor mehr als 400 Jahren erlassenen Antijudengesetze sind in Spanien schon seit vielen Jahren nicht mehr angewandt worden. Kein Jude wurde im Königreich allein wegen seines Glaubens verfolgt. Barcelona weist sogar eine recht bedeutende jüdische Kolonie auf, die sich mit Bank- u. Finanzgeschäften befaßt. Aber es blieb den Juden verwehrt, Synagogen zu errichten oder sich in der Politik zu betätigen. Primo de Rivera interessierte sich angeblich für das Schicksal der Spaniolen im Balkan, entsandte eine ethnographische Studienkommission unter Gimenez Caballero dorthin und gewährte den von den Juden auf dem Balkan errichteten und geleiteten spanischen Schulen staatliche Unterstützung.

Die Duldung genügte der republikanischen Regierung aber nicht. Es wird jetzt eine feierliche Widerufung der Dekrete der Königin Isabella und Wiedergutmachung des damaligen „Unrechts“ verlangt. Einige jüdenfreundliche radikale Zeitungen fordern sogar, der Cortes-Ausschuß möge über Isabella nachträglich ein Strafurteil fällen. Unter ganz besonders großen Festlichkeiten wurde kürzlich zum ersten Male seit 400 Jahren in Madrid wieder eine Hochzeit nach jüdischem Brauch öffentlich veranstaltet. Der Finanzminister hat kürzlich in Bilbao die amtliche Aufforderung an die Nachkommen der damals vertriebenen Juden gerichtet, wieder nach Spanien heimzukehren, wo Judenkolonien errichtet werden sollen. Etwa 1000 spanische Sepharditen befinden sich bereits auf dem Wege nach Spanien. Die wohlhabende jüdische Kolonie in Barcelona veranstaltet Sammlungen zum Bau einer prächtigen Synagoge, und die architektonisch schöne kleine, aus dem 15. Jahrhundert stammende Synagoge in Toledo „El Transito“ neben dem Haus des „El Greco“ soll erneuert und wieder eröffnet werden.

Wahrscheinlich wird nur ein kleiner Teil der „verlorenen Söhne“ in die Heimat ihrer Vorfäter zurückkehren, da ja die meisten sowohl auf dem Balkan als auch in Marokko fest Wurzel gefaßt haben und im heutigen Spanien wohl kaum das gelobte Land sehen werden. Immerhin bleibt der Wiedereinzug der Juden in Spanien für die sozialen und politischen Strömungen, die im Lande herrschen, bezeichnend.

punktur-
weise ver-
7/8 1930
ilfierung
wirtschaft-
klung zu
General-
Stamp,
te Geld-
nd Liver-
ung des
ichsbund
Studiz
e Besel-

währung
zur Ge-
übergehe.
nemillan-
gezo-
Bern.

hlichem
keit: die
tha und
te. Wir
angelegen-
gerade
eröffnen
ters, auf
it dahin-

en, was
inalisten
ids über
hka aus-
ustellen
it dafür,
ellen las-
genug,
eines
von den
der sich
hat, der
ter mor-
beseitigt
blick zu
berechtigt
brin-
esehen—
ehen der
nd Wirt-
Mittel
geß bei-
der klei-
glaubten,

ngen ge-
und Ein-
um die
sie gute
Frank-

als 400
ien schon
en. Kein
Blaubens
tende jü-
schäften
gogen zu
Primo de
Schicksal
ographi-
ero dort-
Balkan
staatliche

regierung
fung der
tmachung
enfreund-
Aus-
urteil fäl-
en wurde
Madrid
tlich ver-
ilbao die
damals
en heim-
ollen.
reis auf
che Kolo-
um Bau
schöne
tago in
Grecos"

er „verlo-
ckehren,
ch in Pa-
Spanien
immerhin
für die so-
nde herr-

daß mit Geld alles zu machen sei und daß allein Geld im hemmungslosen Genuß Glück bedeute. Und doch ist die Wurzel der Unmoral die gleiche wie bei Matuschka. Zum Verbrecher langt es bei den Sklaren und ihren Helfershelfern nicht. Sie sind nur Lumpen. Aber lebten wir nicht seit der Revolution und seit dem Versailler Diktat in dieser stickigen Atmosphäre der Betrügereien und Lumpereien, der Bestechung und Korruption, der Käuflichkeit und des Prozetums, so würde daraus auch die wirkliche Verbrechernatur nicht erwachsen können. Es kommt weniger auf die Angeklagten in Noabit an als auf die Entlarvung des politischen Systems, in dem so etwas groß werden konnte.

Noch einigermaßen undurchsichtig ist der Prozeß um

die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G. Der Hauptschuldige ist tot. Im übrigen scheint es sich mehr um eine Verwilderung der kaufmännischen Sitten zu handeln, die auch dann eine subjektive Schuld bleibt, wenn die kaufmännische Genauigkeit auch anderweit zu wünschen übrig läßt. — Tiefe Tragik liegt allein über dem Lübecker Prozeß wegen des Kindersterbens nach der Calmette-Injektion. Was auch gescheit sein mag und geahndet werden muß, alle wollten nur retten, wollten die Volksfeinde der Tuberkulose bekämpfen, die unmittelbar vorher auch die Frau des Hauptangeklagten dahingerafft hatte. So klar sich Schuld und Schicksal bei den anderen drei Affären scheiden lassen, so eng ver-
schlungen sind sie in tragischer Verkettenung in Lübeck.

Eben Hedin gegen das Versailler Diktat.

Die Rede des großen Forschers auf der Stockholmer Friedenskonferenz. — „Statt Frieden eine Flut von Lügen!“

Stockholm, 19. Okt. Den Höhepunkt der dem Andenken von Erzbischof Nathan Söderblom geweihten großen Stockholmer Friedenskonferenz bildete am Sonntagabend eine Rede des weltbekannten schwedischen Forschers Sven Hedin. Vor mehreren tausend Zuhörern führte er in der großen Blasieholmskirche u. a. aus:

„Ich bin nur ein Pilgrim in den großen Wüsten, den einzigen Gegenden der Erde, wo der Frieden souverän herrscht — weil es dort keine Menschen gibt. Im übrigen ist unsere ganze müde Erde ein einziges Kriegstheater, ein gewaltiges Schlachtfeld, ein Friedhof ohne Grenzen. Wo ist der Frieden geblieben, der nach dem großen Krieg in so feierlichen Phrasen versprochen wurde? Wie können verantwortungsvolle Staatsmänner diese Flut von Lügen verbreiten, die noch jetzt nach 13 Jahren die Entwicklung hemmt? Eine solche Saat von Unwahrheiten konnte keine andere Frucht bringen.“

Die neuen Grenzen konnten auf keine andere Art gezogen werden, die so sehr zu neuen Kriegen anreizt, wie es damals vor 12 Jahren geschah. Man versteht das Mißtrauen und die Gleichgültigkeit, mit der die Friedenspalme von den Bewohnern eines verfallenen Landes entgegengenommen werden soll, das durch bewaffnete Gendarmen von seinen Stammesbrüdern getrennt wird. Ein Haß wurde gesät, der jetzt vor unseren Augen aufgeht. Laßt uns offen zugeben, daß kein Frieden in Europa möglich ist, ehe die unnatürlichen Grenzen von Versailles beseitigt und neue gerechte Grenzen gezogen sind. Wenn der Krieg das größte Verbrechen war, so war dieser „Frieden“ die gigantischste Dummheit, die jemals begangen worden ist. Es ist keine Krise, in der wir leben, sondern eine Katastrophe, die Spenglers Prophezeiung vom Untergang des Abendlandes erfüllen wird. Laßt uns offen bekennen, daß kein Frieden möglich ist, ehe die Kriegsschulden gestrichen und ganz besonders alle in der Stunde der Not erzwungenen Bekenntnisse der Kriegsschuld zerrissen sind.“

Schulden-Halbierung?

„Matin“ veröffentlicht das französische Verhandlungsprogramm für Washington.

— Paris, 19. Oktober

In einer viel beachteten Aussendung versucht der „Matin“ das Verhandlungsprogramm des französischen Ministerpräsidenten für Washington zu skizzieren. Die französischen Unterhändler, so erklärt das Blatt, würden keine starre Doktrin befolgen, sie hätten jedoch alle Probleme eingehend beraten.

In der Kriegsschuldenfrage tritt der „Matin“ für eine 50prozentige Herabsetzung ein und erklärt, ein Moratorium, dem die Amerikaner zuzustimmen schienen, stöße auf keine große Gegenliebe bei der französischen Delegation. Nur eine 50 prozentige Schuldentilgung würde eine sofortige Erleichterung bringen. Die entsprechend herabgesetzten deutschen Zahlungen könnten alsdann während einer noch zu bestimmenden Zeit, anstatt in Devisen transferiert zu werden, in Mark der BIZ zur Verfügung gestellt und von dieser zur Unterstützung der mit Wirtschafts- und Finanzschwierigkeiten kämpfenden Länder verwendet werden.

Als Gegenleistung für dieses von den Amerikanern zu bringende Opfer wäre Frankreich bereit, in der Abrüstungsfrage entgegenzukommen und in eine progressive Abrüstung einzuwilligen, jedoch unter

zwei Bedingungen:

1. Die Abrüstung müßte durch eine Herabsetzung der gegenwärtig bestehenden Budgets und durch eine Angleichung der Rüstungen erfolgen; 2. der Kelloggpaß müßte durch einen oder zwei Artikel ergänzt werden, derart, daß im Falle eines drohenden oder vorhandenen Konfliktes sich nicht nur die Vereinigten Staaten sofort mit den übrigen Mächten verständigen, sondern daß der einmal festgestellte Angreifer von keiner Nation irgendwelche Unterstützung erhalte.

Was die Reparationsfrage betrifft, so könne Frankreich „unmöglich auf den ungeschätzten Annuitätenteil verzichten, es wäre jedoch zu gewissen Erleichterungen für Deutschland bereit.“ (Abstriche, Zahlungen in Mark, Sachlieferungen).

Hinsichtlich der finanziellen Fragen stehe die französische Delegation der Einführung des Bimetallismus und auch der sogenannten Neuverteilung des Goldes skeptisch bzw. ablehnend gegenüber. Auch dürfe Frankreich kaum bereit sein, an irgendeiner Kreditoperation, wenn sie von den Vereinigten Staaten geplant werden sollte, teilzunehmen, sondern höchstens den Pariser Finanzmarkt für die Auflegung derartiger Kreditanleihen zu öffnen.

Finanzkonferenz an Bord

der „Isle de France“.

Der Sondertorrespondent des „Petit Parisien“ an Bord der „Isle de France“ berichtet, daß sich an Bord des

Dampfers auch der Unterdirektor der Federal Reservebank, Burgeß, befinde, der von Basel nach Amerika zurückkehre. Burgeß habe bereits eine längere Unterredung mit den französischen Finanzfachverständigen Rist, Rueff und Parmentier gehabt.

Borah bittet Laval um eine Unterredung

Nach einem Funkpruch von Bord des Dampfers „Isle de France“ hat Ministerpräsident Laval ein Telegramm von Senator Borah erhalten, der ihn um eine private Unterredung bei einem Aufenthalt in Washington bittet. Außerdem soll verabredet worden sein, daß die Unterredungen zwischen Präsident Hoover und Ministerpräsident Laval streng privaten Charakter tragen und daß die Sachverständigen getrennte Sitzungen abhalten würden.

Der Senat zur Schuldenfrage.

Das Ergebnis einer Zeitungsumfrage.

— New York, 19. Oktober.

Die Zeitung „New York Evening Post“ gibt das Ergebnis der Umfrage bei den Senatoren bekannt, ob sie eine Herabsetzung der Kriegsschuldenzahlungen auf der Basis der Zahlungsfähigkeit begünstigen würden, falls die betreffenden Nationen ihre Rüstungen einschränken.

34 Senatoren haben geantwortet. Von 24, die die Frage direkt beantworteten, erklärten sich 15 unter verschiedenen Vorbehalten bereit, einen solchen Vorschlag zu erwägen. Vier von ihnen waren ohne Einschränkung für den Vorschlag. Neun Senatoren waren dagegen, die Haltung der übrigen ist zweifelhaft. Auf Grund des Ergebnisses der Umfrage bezeichnet Evening Post die Haltung des Senats zu einem derartigen Vorschlag als günstig.

Auf eine zweite Frage, ob sie einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums für die Kriegsschulden und Reparationen zustimmen, antworteten sieben Senatoren verneinend, vier bejahend; die Stellungnahme der übrigen ist zweifelhaft.

Die Verhandlungen auf der „Isle de France“.

Wie Hayas von Bord der „Isle de France“ meldet, hat Ministerpräsident Laval mit dem ihn begleitenden Sachverständigen über einen Plan für die Verhandlungen mit Präsident Hoover gesprochen.

Druck auf die Reichsbank.

Neue Devisenabgaben. — Rückzahlung von Pfundkrediten. Notendeckung 28,6 Prozent.

— Berlin, 19. Oktober.

Der Reichsbankausweis für die zweite Oktoberwoche zeigt bei einem gegenüber der Vorwoche annähernd unveränderten Notenumlauf von 4527 (4523) Millionen Mark eine leichte Abnahme der Notendeckung auf 28,6 (30,1) Prozent, deren Hauptursache in dem Rückgang des Bestandes an Gold und bedienungsfähigen Devisen um 66,7 auf rund 1294 Millionen Mark zu suchen ist. Gegenüber dem Stand vom 15. August bedeutet dies eine Abnahme um 385 Millionen Mark, die sich im großen und ganzen im Rahmen der an das Stillhalteabkommen geknüpften Erwartungen gehalten hat.

Zu berücksichtigen ist, daß die Pfundreise dem Exporthandel eine Tendenz zur Abdeckung von Pfundkrediten brachte, während andererseits in Erwartung einer baldigen Pfundstabilisierung auf einer höheren Basis teilweise eine Neigung zur Zurückhaltung von Pfundkrediten zu bemerken war. Außerdem haben gerade in der letzten Zeit eine ganze Reihe von einmaligen Leistungen stattgefunden, die in Zukunft nicht mehr auftreten werden.

Die steigenden Auszahlungen, namentlich bei den Sparkassen, haben naturgemäß eine Erhöhung des Wechselbestandes bei der Reichsbank nach sich gezogen; die letzte Woche brachte bei Wechsel und Schecks einen Zuwachs um rund 139 Millionen Mark. Von dem jetzigen Wechselbestand der Reichsbank dürfte vielleicht ein Drittel als nicht im eigentlichen Sinne liquide zu bezeichnen sein.

Bei einer leichten Besserung der Wirtschaftslage dürfte mit einem Rückfluß der Gelder an die Sparkassen und damit auch mit einer Ablösung der Sparkassenwechsel, die den größten Teil des illiquiden Wechselmaterials der Reichsbank darstellen, zu rechnen sein. Die Lage der Reichsbank ist völlig gesichert.

Ende der Schiffsmeuterei.

Die Schiffe kehren nach Deutschland zurück.

Der Streik der Seeleute auf den deutschen Schiffen im hiesigen Hafen wurde am Sonnabendmittag beendet. Einige Stunden später sind bereits vierzehn der bestreikten 40 Schiffe zur Rückreise nach Deutschland ausgelaufen. Im Laufe der Nacht folgen zwei weitere Schiffe.

Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Abbruch des Streikes auf die energischen Vorstellungen des deutschen Botschafters bei der Sowjetregierung in Moskau zurückzuführen ist.

Beginn der Kabinettsarbeiten.

Die Mitglieder des Wirtschaftsbeirats dem Reichspräsidenten vorgelegt.

Nach der Vertagung des Reichstags will das Reichskabinett nunmehr das Wirtschaftsprogramm ausarbeiten, dessen Zweck die Überwindung der Krise ist. Eine neue Besprechung über die Frage hat im Kabinett unter dem Vorsitz des Kanzlers bereits stattgefunden. Gleichzeitig beschäftigten sich die Minister bei dieser Gelegenheit mit der Ernennung der deutschen Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses und mit der Auswahl der Mitglieder des Wirtschaftsbeirats, der das Kabinett bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungen beraten soll.

Nach Abschluß der Kabinettsbesprechungen wurde der Presse folgende Mitteilung übergeben:

Das Reichskabinett bestellte die nachstehend aufgeführten Persönlichkeiten zu Vertretern der deutschen Regierung in der gemischten

deutsch-französischen

Wirtschaftskommission,

deren Einsetzung gelegentlich des Besuchs der französischen Minister in Berlin zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden war:

Ministerialdirektor Ritter, Auswärtiges Amt, Ministerialdirektor Ernst, Reichsfinanzministerium, Ministerialdirektor Pöffe, Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Söhler, Reichsarbeitsministerium, Ministerialdirektor Roenigs, Reichsverkehrsministerium, Ministerialdirektor Streil, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Den Vorsitz auf deutscher Seite hat der derzeitige Leiter des Auswärtigen Amtes, Reichskanzler Dr. Brüning, übernommen und als seinen ständigen Vertreter den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg bestimmt. Zum deutschen Generalsekretär ist Ministerialdirektor Ritter bestellt worden.

Der Reichskanzler benutzte den Anlaß der Bildung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission, in der Staatssekretär Dr. Trendelenburg der ständige Vertreter des Reichskanzlers ist, um ihm den herzlichsten Dank der Reichsregierung auszusprechen für die wertvollen Dienste, die er in der vergangenen schwierigen Zeit als Leiter des Reichswirtschaftsministeriums geleistet hat.

Vom Reichskabinett wurden darauf die Persönlichkeiten bestimmt, die dem Herrn Reichspräsidenten als Mitglieder des in Aussicht genommenen Wirtschaftsbeirats vorgeschlagen werden sollen. Die Liste wird alsbald nach der Vertagung durch den Herrn Reichspräsidenten bekanntgegeben.

Die Quittung.

Massenaustritte aus der Wirtschaftspartei.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, die am Freitag das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning abgelehnt hat, wird sich wegen dieser ihrer Haltung in den nächsten Wochen vor ihren Wählern im Reich zu verantworten haben.

Am Sonnabendnachmittag trat der Gesamtvorstand der Wirtschaftspartei im Wahlkreis Thüringen in Altenburg unter Teilnahme der thüringischen Landtagsfraktion und von Vertretern der sächsischen und preussischen Wahlkreise zusammen. Nach der Aussprache, bei der auch der Reichstagsfraktion Gelegenheit gegeben war, ihren Standpunkt zu vertreten, mißbilligte der thüringische Gesamtvorstand schließlich, daß die Reichstagsfraktion gegen den Protest fast aller Wahlkreise für die Regierung Brüning gestimmt hat.

Der Gesamtvorstand wird noch in kommender Woche die thüringische Wahlkreisversammlung einberufen und ihr die Frage der weiteren Haltung des thüringischen Wahlkreises zur Partei und Reichstagsfraktion vorlegen. Schon jetzt hat der Vertreter der Wirtschaftspartei in der thüringischen Regierung,

Ministerialrat Dr. Gerstenhauer seinen Austritt aus der Wirtschaftspartei erklärt.

Gerstenhauer nahm an der Hargburger Tagung der nationalen Opposition teil und ist ausgetreten, weil das Hargburger Programm von der Wirtschaftspartei durch ihre Haltung im Reichstag abgelehnt wurde. Gerstenhauer ist auch führend an den Verhandlungen, die gegenwärtig in Thüringen zum Zwecke der Wiederherstellung der Koalition mit den Deutschnationalen und Nationalsozialisten gepflogen werden, beteiligt.

Ortsgruppe Unterweiser löst sich auf.

Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden der Ortsgruppe Unterweiser der Wirtschaftspartei in Weismünde hat sich diese durch das Verhalten der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei bei der Abstimmung im Reichstag über das Verbleiben der Brüning-Regierung veranlaßt gesehen, ihre Auflösung zu beschließen.

Hierzu schreibt ein der Wirtschaft nahestehendes Blatt:

Durch ihren Entschluß, gegen die Mißtrauensanträge zu stimmen, hat die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei — und nur sie allein — dies Kabinett Brüning gerettet. Der Abgeordnete Mollath hat in der letzten Reichstagsitzung zwar den Versuch gemacht, den Übergang seiner Fraktion zur marxistisch-linksbürgerlichen Front mit idealen, ja, „nationalen“ Argumenten zu motivieren, damit jedoch bei seinem Auditorium nur einen Selbsterkenntnisserfolg erzielt. Das immer wieder auf den Bänken rechts wie links aufbrandende Gelächter bewies vielmehr, daß man im ganzen Saale die wirklichen, durchaus nicht idealen, sondern — gelinde ausgedrückt — „sehr parlamentarischen“ Beweggründe der Wirtschaftspartei wohl zu kennen glaubte. Derselben Ansicht scheint auch die Wirtschaftspartei selbst zu sein, wohlverstanden: nicht die um Herrn Mollath gescharte Reichstagsfraktion, sondern die Partei, d. h. die Anhänger draußen im Lande. Noch sind seit der Abstimmung keine 24 Stunden verstrichen, und schon häufen sich die aus dem ganzen Reich kommenden Meldungen, die von bereits erfolgten oder dicht bevorstehenden Massenaustritten aus der Wirtschaftspartei zu berichten wissen.

100000 S.-A-Leute in Braunschweig.

— Braunschweig, 18. Oktober. Die Zahl der S.-A-Leute ist weitaus größer, als sie in den Morgenstunden zunächst angegeben werden konnte. Vormittags trafen noch Züge über Jüze ein. Insgesamt ist nach Angabe der Aufmarschleitung die Zahl der S.-A-Leute, die nach Braunschweig gekommen sind, mit 100 000 nicht zu hoch angegeben.

Kommunistische Ueberfälle.

Ein Unbeteiligter getötet.

— Braunschweig, 19. Oktober. Im Zusammenhang mit dem S.-A-Treffen in Braunschweig ist am Sonntagabend bei Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten der parteilose und unbeteiligte Erwerbsloser Fischer durch einen Messerstich getötet worden. — Auch im Laufe des Sonntags kam es, besonders in den Abendstunden in verschiedenen Stadtgegenden zu zahlreichen Plänkchen, so daß die Polizei u. a. mit Wasserprügeln eingreifen mußte. Ernsthaftere Verletzungen sind bis gegen 22 Uhr nicht gemeldet worden.

Polen verlangt „Sicherheit“.

Die Rüstungsdenkschrift in Genf überreicht. — Die polnischen Rüstungen „ungenügend“.

— Genf, 19. Oktober.

Die polnische Denkschrift über den Rüstungsstand, die jetzt in Genf überreicht worden ist, stellt im Einklang mit dem französischen Standpunkt — Sicherheit vor Abrüstung — fest, daß eine Abrüstung in dem Maße, wie sie der Genfer Entwurf vorsieht, nur möglich sei, wenn gleichzeitig ein wirksames System internationaler Garantien und Sicherheitsverträge in Kraft gesetzt werde.

Weiter besteht Polen auf der reiflichen Aufrechterhaltung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages. Zum Schluß heißt es, daß die jetzigen Rüstungen Polens ungenügend seien und nicht den tatsächlichen Bedürfnissen Polens gemäß seiner geographischen und politischen Lage entsprächen.

Wie sinnlos und unberechtigt die Forderungen Polens sind, ergibt sich aus den Mitteilungen über den gewaltigen Rüstungsstand Polens. Danach besteht die polnische Armee gegenwärtig aus 265 980 Mann, 17 895 Offizieren und 36 985 anderen Militärpersonen. Außerdem werden die militärisch organisierten Formationen mit 102 946 Personen angegeben. Für die polnische Luftflotte werden 700 Flugzeuge mitgeteilt.

Eine japanische Denkschrift.

Japan leugnet eine Kriegsgefahr in der Mandchurei.

Der Vertreter Japans im Völkerbundsrat, Nohi-sawa, hat dem Ratspräsidenten Briand eine neue Denkschrift überreicht, in der die japanische Regierung darauf besteht, daß ihre Einwände gegen die Zulässigkeit der Einleitung Amerikas zu den Ratsverhandlungen über den Mandchureikonflikt geprüft werden.

Zu der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten als Unterzeichner des Kellogg-Paktos Gelegenheit haben müßten, ihre Auffassung vor dem Völkerbundsrat zu vertreten, bemerkt die japanische Denkschrift, die Lage sei nicht so, daß eine Kriegsgefahr zwischen Japan und China bestehe (?). Ihre endgültige Haltung will die japanische Regierung nach der Antwort des Rates auf ihre Denkschrift mitteilen.

Wie es heißt, hat Briand einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet, dem die übrigen Mitglieder des Rates in der Sonntagsitzung zugestimmt haben sollen. Der Vorschlag wird in der heutigen Ratsitzung den beiden Parteien bekanntgegeben.

Entdeckung eines Komplotts in Tokio.

„New York Herald“ berichtet aus Tokio, daß ein Komplott gegen die Regierung entdeckt worden sei. Die gegenwärtige Regierung, deren Verhalten im chinesischn-japanischen Konflikt für zu schwach angesehen worden sei, habe durch eine Militärdiktatur ersetzt werden sollen. Man behauptet, daß fünf in dieses Komplott verwickelte Offiziere auf Befehl des Kriegsministers verhaftet worden seien.

Die Japaner wollen überwintern?

Wie Reuter aus Schanghai meldet, legen japanische Truppen Flugplätze in Tschangschun und Kirin an und treffen Vorbereitungen zur Unterbringung einer Division in Kirin für den Winter.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. Nichtzutreffendes streichen.

Der Erfinder Edison gestorben.

Im Alter von nahezu 84 Jahren.

— New York, 19. Oktober.

Der weltberühmte amerikanische Erfinder Thomas Alva Edison ist Sonntagfrüh 3 Uhr 24 Minuten gestorben. Edison, mit dessen Ableben man angefangen seiner ersten Erkrankung schon seit einigen Wochen rechnete, hat ein Alter von 83 Jahren und 8 Monaten erreicht.

War er nicht schon zu Lebzeiten eine mythische Gestalt, der größte Erfinder der Gegenwart, der Mann mit den 1000 Patenten? Ja, in Thomas Alva Edison schien uns das technische Denken selbst verkörpert. Der nimmermüde Geist dieses Mannes betätigte sich auf so vielen Gebieten als Erfinder, daß man Edisons geniale Arbeitskraft nur bewundern ließ. Nicht einmal das hohe Alter ließ ihn ruhen, so wie ihn schon in frühester Jugend die Idee der Arbeit und des ewigen Vorwärtsdrängens ergriffen hatte.

Thomas Alva Edison, der am 11. Februar 1847 in Milan (Ohio) als Sohn einer alten holländischen Müllerfamilie, die 1737 in Nordamerika einwanderte, geboren wurde, mußte nach dem geschäftlichen Zusammenbruch seines Vaters schon als siebenjähriger Junge zum Lebensunterhalt mit beitragen. Schon dieser Knabe, der täglich in den Zügen zwischen Port Huron und Detroit Zeitungen verkaufte, war eine kleine Berühmtheit, denn er hatte als erster die Erlaubnis zum Zeitungsverkauf in der Eisenbahn erwirkt. Bald aber trieb es ihn weiter vorwärts. In einem Gepäckwagen richtete er eine kleine Handdruckerei ein, und Edison war mit elf Jahren der Herausgeber einer wöchentlich erscheinenden Eisenbahnzeitung. Nichts konnte Edison sehen, ohne daß er es zugleich mit einer neuen Idee verband. Die berühmteste und wohl auch selbständigste Erfindung Edisons war der Phonograph, mit dem er die Grundlagen für die Entwicklung der gesamten Sprechmaschinenindustrie schuf und durch den Edison auch zu Weltruhm gelangte.

Das einfache Laboratorium im Menlo-Park bei New York, in dem Edison seine größten Erfindungen machte, wurde weltberühmt. Die Telegraphie, die Beleuchtungstechnik und die akustische Forschung dankt dem Zauberer vom Menlo-Park zahlreiche Fortschritte. Größere Labortorien errichtete Edison später in Orange im Staate New Jersey. In Dearborn (Michigan) wurde ihm zu Ehren die Edison-Hochschule gegründet.

Edison gehört zu den wenigen Erfindern, die den Ruhm und Erfolg ihrer Erfindungen selbst ernten konnten. Während der deutsche Mechaniker Heinrich Goebel mit seiner ersten Glühlampe nicht den gewünschten Erfolg hatte, waren Edisons Unternehmungen glücklicher. Als 1881 Emil Rathenau die Edisonlampe auf der Pariser Weltausstellung sah, nahm im Jahre 1883 die von ihm gegründete Deutsche Edison-Gesellschaft die Fabrikation der Lampe auf. Aus der Deutschen Edison-Gesellschaft wurde später durch Namensänderung die A. E. G.

Man begegnet eben auf allen Gebieten Edison. Er konstruierte den ersten Röntgenaufnahmeapparat und die erste Projektionslampe, und er erkannte zuerst im Zement den Baustoff der Zukunft.

An der Tagung Weltkraftkonferenz im Jahre 1930 konnte der betagte Erfinder nicht persönlich zugegen sein, er ließ aber einen Sprechfilm über die Anfänge der Glühlampe vorführen und begrüßte radiotelephonisch von Dearborn aus die Festversammlung.

Mit Thomas Alva Edison ist einer der typischsten Vertreter des neuen Zeitgeistes dahingegangen. Er kannte nur unbegrenzte Möglichkeiten und wurde gerade deshalb von den Amerikanern besonders verehrt. Durch die Fülle seiner Erfindungen und durch seine beispiellose Arbeitsleistung auf zahllosen Gebieten hat er sich in der Geschichte der Erfindungen einen klassischen Platz erworben.

Steueramnestie verlängert.

Bis zum 26. Oktober.

Wie vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt wird, haben sich in den letzten Tagen die Zeichnungen auf steuerfreie Reichsbahnanleihe bei den Zeichnungsstellen in so außerordentlichem Maße gehäuft, daß sie nicht bewältigt werden konnten. Weiter haben zahlreiche Steuerpflichtige geltend gemacht, daß sie sich die erforderlichen Unterlagen für die Berechnung des von ihnen zu erwerbenden Betrages an Reichsbahnanleihe nicht fristgemäß haben beschaffen können.

Aus diesen Gründen ist durch Verordnung des Reichspräsidenten die Amnestiefrist sowie die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen 1931 (und ebenso die Frist für die Anzeige von ausländischen Familienstiftungen sowie

die Frist für die Anzeige von ausländischen Beteiligungen bis zum Ablauf des 26. Oktober 1931 verlängert worden.

Schon heute kann gesagt werden, daß sowohl die Amnestie als auch die Zeichnung der Anleihe den erwarteten Erfolg gehabt haben.

Die Vorteile der steuerfreien Reichsbahnanleihe.

Nach bis zum 31. Dezember 1931 kann jeder freiwillig steuerfreie Reichsbahn-Anleihe zeichnen. Die Vorzüge der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe kommen dem freiwilligen Zeichner ganz besonders zugute, da er ja nicht, wie der amnestiebedürftige Zeichner daran gebunden ist, die Anleihe fünf Jahre lang in seinem Besitz zu halten. Ihm kommt besonders zugute, daß er sich sofort im Rahmen der gezeichneten Summe von der Schenkungssteuer befreien kann.

Arbeitslosigkeit und Bodenfrage.

Eine Arbeitstagung der Bodenreformer, die Männer und Frauen der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen im Bauernschulheim Irfsingen vom 2. bis 8. Oktober vereinigte, faßte das Ergebnis eingehender Beratungen in folgender Entschließung zusammen:

Die tiefste Ursache aller Not unseres Volkes beruht zuletzt darauf, daß zu vielen deutschen Menschen die organische Verbindung mit dem vaterländischen Boden fehlt.

Daher auch die große, stets weiter steigende Arbeitslosigkeit.

Wir begrüßen deshalb den Plan der Reichsregierung, die landwirtschaftliche Siedlung, die Nebenerwerbs-siedlung und die Kleingartensiedlung in ganz großem Maße zu fördern, als einen grundsätzlichen Schritt zu gesundem Neuaufbau.

Soll das Werk gelingen, so müssen aber die verhängnisvollen Fehler des alten Bodenrechts, die uns an den Rand des Abgrunds geführt haben, beseitigt werden, und das Bodenrecht, das die Reichsverfassung (Art. 155) verheißt, ist eifrig durchzuführen.

Dabei sind zwei Maßnahmen von entscheidender Bedeutung:

Die Steuerfrage und die Rechtsform der Bodennutzung.

Die Steuer muß alle Arbeitsaufwendung auf den Boden freilassen und nur den Wert des nackten Bodens als Grundlage erfassen. Dieser Steuerwert muß auch Grundlage sein für die Berechnung des Pachtpreises und bei etwa notwendiger Enteignung zur Gewinnung von Heimstättenland.

Die stets wachsende Verschuldung unseres Bodens, die den Wettbewerb unserer Landwirtschaft auf dem Weltmarkt aufs äußerste erschwert und auf die Dauer unmöglich macht, muß durch die verfassungsmäßige Rechtsform der „Wirtschaftsheimstätte“ verhindert werden. Diese Rechtsform sichert die Neubesiedlungen und schützt den arbeitenden Landwirt vor dem Verlust seiner Scholle.

Wir fordern daher, daß alle verantwortlichen Stellen in Gesetzgebung und Verwaltung nun endlich einmal entsprechend dem ungeheuren Ernste der Stunde die im Artikel 155 der Reichsverfassung gewährleisteten Grundrechte des deutschen Volkes entschlossen zur Durchführung bringen, ohne sich in diesem Rettungswerk beirren zu lassen durch offene und geheime Widerstände weniger, aber mächtiger Interessentengruppen.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, 8 1/4 Uhr Männerchor in „Ephrata“.

Christl. Verein junger Mädchen.

Montag abend: Turnen.

Mittwoch abend: Bibelfunde — Herr Pastor Voigt.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Westpolitik: Dr. S. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“. Christliches Tageblatt Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Heidschnuckenlammfleisch

Postpaket 1/2 Braten, 1/2 Kochfleisch 8,50 Mk. einschl. Porto und Verpackung gibt ab die

Arbeiter - Kolonie, Freistadt, Kr. Sulingen (Prov. Hannover)

Für einen mittellosen gelähmten Mann wird ein gebrauchter

Selbstfahrer

zu beschaffen gesucht. Freundliche Angebote oder Hinweise erbittet Pfarrer Brehm (Elbe) Bezirk Halle.

Täglich frische

Tischbutter

9 Pfd. netto 12,80 Mk. fr. Nachn.

L. H. Reddingius, Loga.

Leichtlungerkrankte u. Erholungsbedürftige

finden liebevolle Aufnahme bei zeitgem. Preise. Liegehallen am Walde, Zentralheizung usw.

Kurheim Frau Dr. Brandner, St. Blaffen.

Dauermieter

oder ein bis zwei j. Mädchen z. Erlernung guter Küche finden bei mäßigem Preis

Aufnahme

in ruhigem, kl. Villenhaus. Für Erholungsbedürftige Tagespreis 3.75 bis 4 Mk. Gefundener Aufenthalt, nahegeleg. schöne Spaziergänge.

Frl. von Otterstedt, Ballenstedt-Harz, Post-Str. 61.

Vorzüglichen

Erholungsurlaub

bietet das im Weserbergland gelegene Erholungsheim im Solling bei Dassel. Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenzwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekt kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Totensonntag

Ein vierseitiges Flugblatt zum Trost und Nachdenken für den Totensonntag, eine Handreichung für alle die, die an diesem Tage an schwere und ernste Stunden erinnert werden.

Das Blatt ist geschmückt mit Bildern von Rudolf Schärer, Bruno Zwiener und anderen und ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld Postfach: Hannover 7382

Das Stück kostet 2 Pfg. Von 100 St. an Ermäßigung. Probenummer kostenlos.